

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 10. Oktober 2003

Dirigismus ist keine Lösung

Stiftung Marktwirtschaft begrüßt Ergebnis des Ausbildungsgipfels

Das Ergebnis des Ausbildungsgipfels vom gestrigen Abend ist, daß es kein Ergebnis gibt. Dies ist gut so. Denn die im Vorfeld angedrohte Ausbildungsumlage würde nicht an den Ursachen des Lehrstellenmangels ansetzen und daher nichts bringen. Im Gegenteil wäre sie Gift für den Arbeits- und Lehrstellenmarkt.

„Wenn man das Lehrstellenproblem lösen will, muß man ganz woanders ansetzen“, urteilt Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Die Schaffung von Lehrstellen lasse sich nicht vom Staat diktieren. „Unternehmen bilden aus, wenn es für sie von Vorteil ist. Wenn es zu wenige Lehrstellen gibt, dann übersteigen die Kosten der Ausbildung den Nutzen.“

Gerken nennt dafür drei Hauptursachen: „Starken Einfluss auf die Vorteilskalkulation der Unternehmen hat die oft mangelhafte Schulbildung der Jugendlichen. Wer einem Lehrling erst das Bruchrechnen beibringen muß, überlegt sich zweimal, ob er ihn einstellt.“ Zweitens, so Gerken, passen die rigiden und vielfach veralteten Ausbildungsordnungen nicht mehr ins moderne Wirtschaftsleben. „Hier benötigen wir sehr viel mehr Flexibilität.“

„Drittens ist die Ausbildungsvergütung oft zu hoch, zumal zu Beginn einer Ausbildung.“ Es gäbe kein Lehrstellenproblem, wenn die Unternehmen eine Ausbildungsvergütung zahlen dürften, die mit dem Wert der Arbeitsleistung vereinbar ist, also z.B. im ersten Lehrjahr gegen Null geht oder sogar negativ ist. „Wer aus sozial- oder gesellschaftspolitischen Gründen nicht-marktgerechte Vergütungen verlangt, könnte ebensogut eine Entlohnung von Universitätsstudenten fordern.“ Denn auch eine Universitätsausbildung hole junge Menschen von der Straße und begründe Humankapital, das der Gesellschaft zugute kommt.

„Eine Zwangsumlage, die nicht ausbildende Unternehmen zur Kasse bittet und ausbildende Unternehmen subventioniert, ist doppelt schädlich“, so das Urteil von Gerken. „Für die zahlenden Unternehmen wirkt sie wie eine ertragsunabhängige Steuer, die in wirtschaftlicher Notlage die Existenz gefährden kann. Diese Kosten müssen die Unternehmen durch Rationalisierung einsparen.“ So würden Arbeitsplätze vernichtet, die die Auszubildenden nach Abschluß ihrer Lehre dringend brauchen. „Und für Betriebe, die ausbilden, ist die Zwangsumlage eine Subvention mit massiven Mitnahmeeffekten – ein Anachronismus in Zeiten, in denen sich ein partei-übergreifender Konsens für einen deutlichen Subventionsabbau entwickelt.“ Per saldo würden Arbeitsplätze und Lehrstellen durch eine Ausbildungsumlage vernichtet.

Gerken appelliert an die Gewerkschaften: „Statt eine Strafumlage zu verlangen, sollten sich die Gewerkschaften verantwortungsvoll verhalten. Über die Festlegung der tariflichen Ausbildungsvergütungen haben sie es selbst in der Hand, wie viele Lehrstellen entstehen.“ Außerdem sollten sie sich gemeinsam mit den Unternehmerverbänden zu einer grundlegenden Reform der Ausbildungsordnungen durchringen, die den Unternehmen erheblich mehr Flexibilität verschaffen könnte.

(75 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
Email: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de